EXTRA ANGEMERKT
2 Sicht auf Gestern bestimmt auch Heute und Morgen

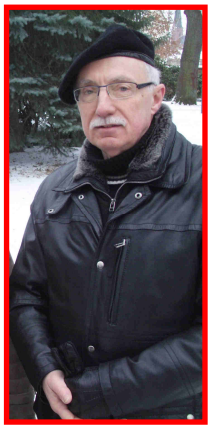
Die AfD nach der Wahl als Oppositionsführerin im Bundestag?

"Die AfD nach der Wahl als Oppositionsführerin im Bundestag? Dieses Szenario ist so unrealistisch nicht", so heißt es warnend in einem OFFENEN BRIEF, den Chemnitzer Friedensaktivisten veröffentlicht haben. Die ANGEMERKT- Redaktion sprach darüber mit einem der Autoren, Raimon Brete.

An wen richten Sie den OFFENEN BRIEF?

Raimon Brete: Eigentlich wenden wir uns darin an alle, die sich Gedanken machen, wie es weiter gehen wird in diesem Deutschland. Aber unseren Warnruf legen wir natürlich vor allem den Mitgliedern und SympathisantInnen linker Parteien und Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland vor.

Mit welcher Zielrichtung?



Raimon Brete: Die AfD nach der Wahl als Oppositionsführerin im Bundestag?- Wie dann eine Opposition der Fraktion von DIE LINKE aussehen würde, mag man sich nicht richtig vorstellen. Deshalb ist es höchste Zeit ernsthaft darüber nachzudenken, wie man die Kräfte wirkungsvoll bündelt und das einende Ziel einer starken linken Stimme im Bundestag wirklich erreicht.

... das einende Ziel eine starke linke Stimme, das heißt: Brüder in eins nun die Hände?

Raimon Brete: Bei allen unterschiedlichen Sichten - Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind gewaltig und hoffentlich ist die Linke ihnen menschlich sowie intellektuell gewachsen. Die Geschichte zeigt: Immer dann, wenn die linken Kräfte zersplittert auftraten und sich in sinnlosen Machtkämpfen bis zum Sektierertum ins Abseits manövrierten, allein die Reaktion den Nutzen davon trug.

Im Brief heißt es: Linke – springt endlich über den eigenen Schatten. Wie das?

Raimon Brete: Die Kräfte wirkungsvoll bündelt und das einende Ziel einer starken linken Stimme im Bundestag heißt für uns auch, unnützes Schwadronieren mit SPD und Grünen muss nunmehr endlich der gemeinsamen Aktion **aller** Linken im Wahlkampf weichen.

Was steht einer Wahl der aussichtsreichsten DIE LINKE mit der zweiten Stimme durch alle Linken in Deutschland im Wege?

In den Wahlprogrammen linker Parteien steht der Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit an vorderster Stelle. Geben wir der möglichen Umsetzung dieser existenziellen linken Forderungen nunmehr das notwendige Gewicht. Das verlangt auch: Linke geht aufeinander zu und kämpft gemeinsam für eine geeinte sowie starke Opposition im Deutschen Bundestag! Gebt eure Zweitstimme der Liste DIE LINKE!

Nicht aus parteiegoistischen Gründen

Unsäglich, würde durch die Aufsplitterung der linken Wählerstimmen die AfD Oppositionsführerin im Deutsche Bundestag. Käme es so, dann müssen die Linken in Deutschland auch dafür die Verantwortung übernehmen und somit einen Offenbarungseid für eine völlig falsche Ausrichtung linker Wahlstrategie leisten. Wenn uns Linken die Interessen und das Wohl der Menschen wirklich am Herzen liegen, dann sollten wir unsere Stimmen selbstlos am Wahltag der derzeitigen möglichen politischen Opposition DIE LINKE geben und sie nicht aus parteiegoistischen Gründen einer folgenschweren Bedeutungslosigkeit opfern. Über ein koordiniertes Handeln linker Parteien und Kräfte auch nach den Wahlen, sollte unbedingt danach ernsthaft beraten werden – für eine geeinte und starke Linke in Deutschland und Europa.

Zur Sache
ANGEMERKT

Zu den Herausforderungen an Linke

Prof. Rolf Reißig, ist in seinem Zeitungsbeitrag überschrieben mit *"Als das Unmögliche möglich wurde / Ein Blick zurück und nach vorn - Das Dialogpapier SED-SPD von 1987 und die Herausforderungen an Linke heute"* eingegangen. (nd 28.August 2017)

Nach Jahrzehnten erbitterter Auseinandersetzung und Feindschaft zwischen SED und SPD präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED im August 1987 erstmals ein gemeinsames Grundsatzpapier unter dem Titel »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«. Mit diesem Unterfangen vor nunmehr 30 Jahren wurde Neuland beschritten, ein Experiment eingeleitet, dessen Ausgang offen erschien.
Das scheinbar Unmögliche wurde möglich, weil auf beiden Seiten die menschheitsgefährdenden Konflikte - das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt - und die damit verbundenen Gefahren ähnlich wahrgenommen wurden und so die Bereitschaft zu wechselseitigen Gesprächen beförderten....

Das gemeinsame Papier stellte drei Schlüsselbegriffe ins Zentrum: Gemeinsame Sicherheit (in Anknüpfung an die sogenannte Palme-Kommission), friedlicher Gesellschaftswettstreit, neue politische Streitkultur. Anders ausgedrückt lauteten die zentralen Ideen des Papiers: Dialog zwischen Ost und West und Wandel in Ost und West. Beide Seiten setzten auf einen längeren Dialog- und Reformprozess und bejahten daher die Existenzberechtigung des jeweils anderen Systems und dessen Fähigkeit zu Frieden und Reform...

Die Geschichte aber nahm einen anderen Verlauf. Der Sozialismus im Osten implodierte ob seiner Reformunfähigkeit, so dass der Kapitalismus im Westen trotz Reformverweigerung triumphierte; zumindest vorerst. Sinn und Anliegen des Dialogpapiers sind damit jedoch nicht infrage gestellt.. .

Mit dem Grundsatzpapier von 1987 wurde erstmals »Dialog« mit »Wandel« unmittelbar verbunden, und das auf eine bis dahin ungewohnte Art. Wandel wurde nicht mehr als Kampf um globale Hegemonie und Machtausdehnung, nicht als Aufruf zum Umsturz verstanden, sondern als offener Wettstreit unterschiedlicher Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle um den erforderlichen

Bildtext nd: Ein Jahr nach dem im Hinterzimmer das Dialogpapier entstand, traf sich in Ostberlin der Leiter der SPD-Delegation Egon Bahr (l.) mit SED-Generalsekretär Erich Honecker (2. v. r.) und Politbüro-Mitglied Hermann Axen (m.) Foto: dpa

sozialen, demokratischen und ökologischen Wandel. Und dieser Wandlungsblick war deshalb auf beide Seiten gerichtet. Darin waren sich zumindest die beteiligten Sozialdemokraten und Sozialisten einig, bei allen sonstigen unterschiedlichen und gegensätzlichen Sichtweisen. Auch darin, dass der angestrebte Wandel letztlich in Richtung eines demokratischen Sozialismus in Ost und West gehen sollte und nicht in Richtung der Übernahme und Expansion kapitalistischer Ökonomien.
Aber auch das war die damalige und heute noch immer aktuelle Forderung: Dialog und Öffnung nach außen verlangen Dialog und Öffnung nach innen.

Was hierzulande (und gerade auch im jetzigen Wahlkampf) so gern verdrängt wird - das Thema des gesellschaftlichen Wandels stellt sich heute noch drängender. Denn wir leben in einer Epoche des globalen Umbruchs, der dieses Mal anders als 1989/90 zuerst den Westen betrifft. Umwelt und Ungleichheit sind die zwei Themen, die über das Schicksal der Menschheit entscheiden. Das erfordert heute ein Ringen um die Bändigung und Einhegung des marktradikalen globalen Finanzmarktkapitalismus und um konkrete, machbare Alternativen. Letztlich geht es jedoch um eine grundlegende sozial-ökologische und solidarisch-demokratische Gesellschaftstransformation, um ein neues Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell.

Die Zukunft ist (noch) offen, die globalen Gesellschaften stehen jedoch an einem Scheideweg.

Dies stellt auch die plurale gesellschaftliche und parteipolitische Linke hierzulande in eine neue Verantwortung. Will sie in der Gesellschaft einmal mehrheitsfähig werden, braucht sie statt wechselseitiger Schuldzuweisungen, Rechthaberei und Ausschlussverfahren eine neue Kultur des Dialogs, der Verständigung, des Kompromisses und der Lernfähigkeit sowie eine Orientierung auf gemeinsame und unterschiedliche Suchprozesse im Ringen um einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel.

Sozialistisch und sozialdemokratisch orientierte Intellektuelle und gesellschaftliche Akteure aus Ost und West haben schon einmal mit ihrem Dialog- und Wandlungsprojekt dafür eine Plattform entwickelt und praktiziert. Vergangenheit ist Vergangenheit. Aber manchmal kann ein Blick zurück auch den Blick nach vorn öffnen.

Der in Berlin lebende und arbeitende Politikwissenschaftler Prof. Rolf Reißig war Mitautor des Dialogpapiers. Foto: Rolf_Reißig_Berlin_2012.jpg: Rosa Luxemburg-Stiftung, Rolf Reißig (28. September 1940 in Gelenau/Erzgeb.) ist ein deutscher Sozialwissenschaftler. Von November 1989 bis zu ihrer Auflösung im Januar 1990 war er Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. WIKIPEDIA*

Thema Erinnerungspolitik
Blicke aufs Gestern werden zum Politikum

Wahlkampf im Stasi-Knast

Die Kanzlerin zu Besuch im ehemaligen Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen

»Arbeit gegen Linksradikalismus« leistete die Gedenkstätte Hohenschönhausen, findet Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Ehemalige Häftlinge fordern die Einhaltung von Rentenversprechen.

Von Nicolas Šustr

Kurz nach 11 Uhr am Freitag meldet sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vom Urlaub zurück zur Arbeit. Vor der ehemaligen zentralen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen entsteigt sie im apfelgrünen Blazer ihrer Limousine. Das Empfangskomitee bilden neben dem Leiter der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, auch Kulturstaatssekretärin Monika Grütters sowie der Wahlkreiskandidat Martin Pätzold (beide CDU). Kultursenator Klaus Lederer (LINKE) erklärt die christdemokratische Einheitlichkeit etwas, verabschiedet sich jedoch nach der Begrüßung auch gleich wieder.

Symbolträchtig öffnet sich das doppelte Schleusentor des ehemaligen Stasiknasten, um die Kanzlerin und ihren Troß einzulassen. Offizieller Anlaß des Termins: Der Bund und das Land Berlin stellen gemeinsam 8,8 Millionen Euro zur Verfügung, um alle historischen Oberflächen denkmalgerecht sanieren zu können. Dabei sollen auch neue museale Bereiche und Seminarräume entstehen. Während der 2013 abgeschlossene erste Bauabschnitt vor allem dem Altbau galt, umfasst der zweite Bauabschnitt den Gefängnisneubau aus den 1960er Jahren mit dem Zellen- und Vernehmertrakt, die Freigangzellen und das Hafthauptgebäude.

Ganz ohne Widerspruch lief die Veranstaltung dann doch nicht ab. Dazwischen kam die soziale Frage. Gegenüber dem Gefängnistor hat sich eine kleine Demonstration formiert. »Rentenbetrug« steht auf dem Transparent, um das sich mehr als ein Dutzend Menschen versammelt hat. Früher mals: Versuchte Republikflucht. »Das ist totaler Blödsinn gewesen. Ich hatte mich einfach auf die Schlußnaht der« RSZB von Helsinki 1975 berufen«, sagt Sperling. Auf der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« einigten sich die Staaten Ost- und Westeuropas in einigen Bereichen, darunter auch Menschenrechtsfragen. Sperling wurde dann doch noch als Putzfrau beschäftigt. – Auch finanziell ein deutlicher Unterschied. Statt vorher 1200 Mark verdiente sie gerade noch 400 Mark. 1982 konnte sie dann nach West-Berlin ausreisen.

Die Rente sollte in der Bundesrepublik so berechnet werden, als hätte

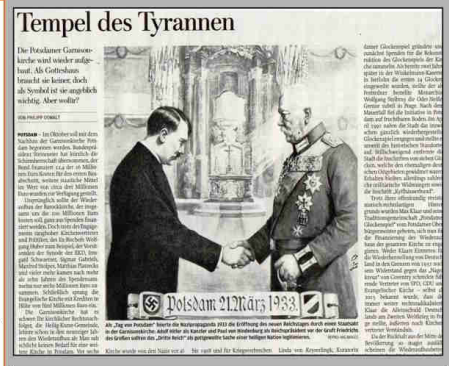
Edda Sperling (l.) schildert der Bundeskanzlerin ihr Anliegen, Kultursenator Klaus Lederer hört zu. Foto: DPA/STG/Sven Simon

Geschichte im Umbruch? - Tempel des Tyrannen

Die Potsdamer Garnisonkirche wird wieder aufgebaut. Als Gotteshaus braucht sie keiner, doch als Symbol ist sie angeblich wichtig. Aber wofür?

Mit einem bemerkenswertem Aufsatz dazu kam *PHILIPP OSWALT* in der Freien Presse vom 31.8.2017 zu Wort.

Darin: - Im Oktober soll mit dem Nachbau der Garnisonkirche Potsdam begonnen werden. *Bundespräsident Steinmeier* hat kürzlich die Schirmherrschaft übernommen, der Bund finanziert 12,4. der 26 Millionen Euro Kosten für den ersten Bauabschnitt. Ein Neubau von 40 Millionen für ein Dutzend Kirchgänger? Nein, es geht um Höheres, es geht um ein Nationaldenkmal. Als Kirche des preußischen Militärs und Grablege der preußischen Könige ist der Bau eines der wichtigsten Symbole Preußens. Und das darf im wiederaufbauseligen Potsdam nicht fehlen.



Tempel des Tyrannen

Die Potsdamer Garnisonkirche wird wieder aufgebaut. Als Gotteshaus braucht sie keiner, doch als Symbol ist sie angeblich wichtig. Aber wofür?

Potsdam 21 März 1933

Die Potsdamer Garnisonkirche stand wie keine andere in Deutschland für das Bündnis von Thron und Altar in Preußen. (imago/PEMAX)

Turm der Garnisonkirche und *Breite Brücke* über den Potsdamer Stadtkanal, um 1900

Philipp Oswalt war bis 2014 Leiter der Stiftung Bauhaus Dessau und lehrt heute als Professor für Architekturtheorie an der Universität Kassel. Aus Protest gegen die den Wiederaufbau der Garnisonkirche trat er Ende 2016 aus der Evangelischen Kirche aus.

Vergessen will niemand - und doch haben die Parteien sehr unterschiedliche Sichten auf die deutsche Geschichte

Blick in die Wahlprogramme der Parteien

Von Tom Strohschneider

Wenn man den ersten Auftritt der Kanzlerin nach ihrem Urlaub als Start in die heiße Phase des Wahlkampfs betrachten möchte, dann hat dieser mit dem Thema Erinnerungspolitik begonnen. »Wir können nur eine gute Zukunft gestalten«, hat Angela Merkel vor einigen Tagen bei einem Besuch der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des DDR-Staatssicherheitsdienstes gesagt, »wenn wir uns der Vergangenheit annehmen.«

In den Wahlprogrammen spielt der Umgang mit Geschichte naturgemäß eine eher untergeordnete Rolle, gleichwohl präsentiert sich hier bisweilen eine sehr unterschiedliche Sicht auf das Gestern - und damit auch auf das Heute und Morgen.

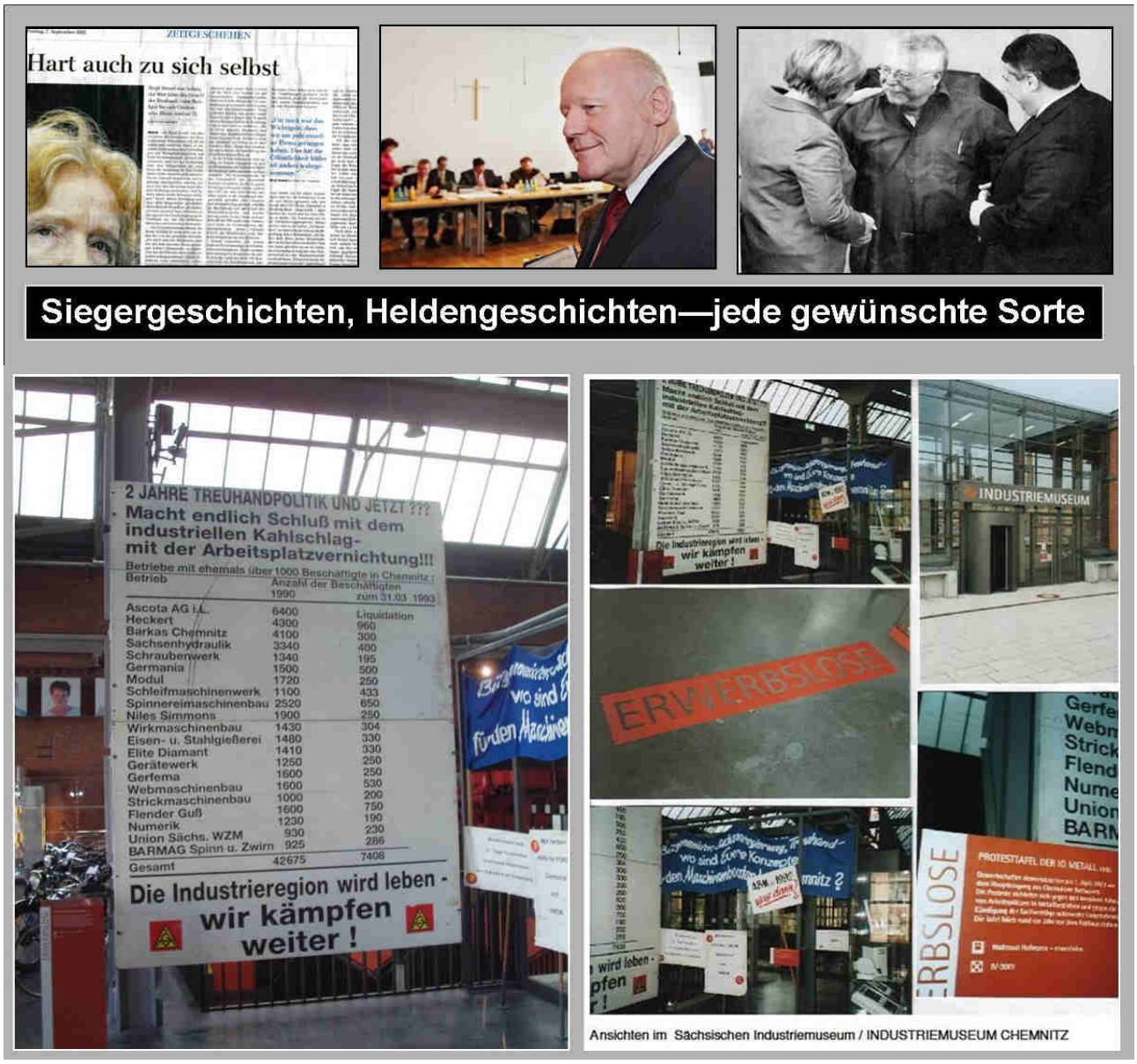
Das zeigt bereits die entsprechende Passage im Wahlprogramm der **Rechtsaußenpartei AfD**, die eine »aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus« zugunsten »einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen« fordert. Was damit gemeint ist? Man wolle »auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte der deutschen Geschichte« mehr berücksichtigen, eine rhetorische Camouflage, die im Grund auf nichts anderes hinausläuft als die Forderung, weniger in das Gedenken und die Aufarbeitung des Faschismus zu investieren.

Die Frage, welchen Stellenwert das NS-Regime in der Erinnerungspolitik gegenüber anderen Epochen der Geschichte hat, wird aber auch unter den anderen Parteien unterschiedlich beantwortet. Die CDU nennt »Erinnerungen an die Folgen von Gewaltherrschaft und Diktatur« eine »immerwährende Aufgabe«, stellt aber die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in den Vordergrund. **Bei den Freidemokraten** wird bei der »Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR« nicht in gleicher Weise unterschieden.

SPD, Linkspartei und Grüne betonen die besondere Verantwortung der Gedenkpolitik mit Blick auf die NS-Verbrechen. Ausdrücklich wenden sich die Sozialdemokraten gegen eine »Relativierung der NS-Terrorherrschaft« durch gegenseitiges Aufrechnen. **Die Linkspartei** will als Lehre aus der Geschichte das Engagement für eine »antifaschistische Kultur« fördern. Und auch **die Grünen** weisen beim Thema Erinnerungspolitik auf aktuelle Rechtstendenzen hin - aktives und

kritisches Gedenken biete »die Grundlage für unseren heutigen Einsatz gegen rechtes Gedankengut«.
Man darf kaum erwarten, dass solche Themen im Wahlkampf auch auf den Hauptbühnen zur Sprache kommen. Forderung nach einer weiteren »Aufarbeitung des SED-Unrechts«, wie etwa im Programm der CDU nachzulesen, könnten allenfalls für Debatten über die Nützlichkeit von Begriffen für die Beschreibung von umstrittener Vergangenheit führen. Die Linkspartei macht sich »für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR« stark, man mag hierein auch den Wunsch nach stärkerem Respekt vor Ostbiografien projizieren.

Treuhand, SB-Bankenpleite, Heldenverehrung - UNVERGESSENE GESCHICHTE



Die CDU schreibt in ihrem Wahlprogramm, sie setze sich für den »Fortbestand« der Unterlagenbehörde ein. Unklar ist, was damit gemeint ist - ein eigenständiger Fortbestand oder einer unter dem Dach des Bundesarchivs. Dies hatte die Mehrheit der Experten empfohlen - FDP, Linkspartei und SPD haben ihre Wahlkampfforderungen auch entsprechend formuliert.

Für die kommende Bundesregierung wird das Thema DDR-Geschichte ohnehin einen festen Platz im Terminkalender bekommen: 2019 jährt sich die Herbstwende von 1989 zum 30. Mal, ein Jahr später die »Deutsche Einheit«. Die Linkspartei hat dazu vorgeschlagen, die Arbeit der Treuhandanstalt in einer Enquete-Kommission des Bundestags aufzuarbeiten.

Aus nd 21.08.2017

Die Sache mit den Zeitzeugen

Es kommt darauf an, wen man fragt

Ob bei der Wiedererrichtung der Potsdamer Garnisonkirche oder auf dem Chemnitzer Kaßberg, immer wird bei der Einrichtung eines "Lernortes" die Bedeutung der Zeitzeugen betont.
"Ich bin überzeugt, dass Zeitzeugen eine wichtige Rolle spielen, und dass nicht nur im Geschichtsunterricht der Grund- und Mittelschulen bzw. in Abiturientenklassen. Es kommt nur wesentlich auch darauf an, auf welche Zeitzeugen man zurückgreift" - So kommentierte ein Zeitungsleser die Debatte um Zeitzeugen in der Erinnerungsdebatte.

Welche Rolle können Zeitzeugen bei der Vermittelung von Geschichte spielen?

Zur sogenannten Museumsnacht im Mai 2017 in Chemnitz wurde vom Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg in Chemnitz eine Broschüre herausgegeben. Darin auch ein Vorwort von Roland Jahn, Leiter der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR. Mit einem Beispiel für den derzeitige Einsatz von Zeitzeugen? Jahn führt darin das Schicksal eines Herrn Nuthmann an. **Herr Jahn hätte wissen können, wen er mit der Person Nuthmann an Stelle 1 positioniert! - Wenn er nur die Skiba/Stenzel- Forschungen in seinem Akten-Archiv nicht ignorieren würde.**

Herr Nuthmann hat bis zum 8. Mai 1945 als Jurist Urteile mit gefällt, die auf der Grundlage des von Freisler neugefassten Paragraphen im StGB zu Mord im Dritten Reich 1943 erfolgten.
Er hat beim Kammergericht Berlin für ca. 100 Bibelforscher wegen Wehrkraftzersetzung Zuchthaus- und Todesstrafen beantragt.

Aus einem ANGEMERKT- Interview 2013 mit Dieter Skiba, einem Nazijäger des MfS:
Könnten die Aufklärungsergebnisse auch eine Quelle für die heute "heilige" BStU mit ihren "Opferakten" sein?
Und das um so mehr, weil alle unsere Dossiers, Vorgänge und Ermittlungsakten, sonstige Archivalien sowie die dazu gehörigen Karteien und Findhilfsmittel nach 1990 von der nach dem heutigen Bundespräsidenten benannten „Gauckbehörde" vereinnahmt wurden und wie „Beutegut" behandelt werden. Sie sind auch mehr als zwei Jahrzehnte nach dem „Anschluss" der DDR an die BRD dem öffentlichen Zugang weitestgehend entzogen und werden den Kilometern von „Opferakten" zugerechnet.

Wenn die Arroganz nicht so groß wäre - oder Angst vor ganzer Wahrheit?

Antifaschisten müssen draußen bleiben.
Aus der Satzung des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg- Gefängnis

§ 12 Erklärung über die Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

1. Die Übernahme von Ämtern oder Aufgaben im Verein und eine frühere Tätigkeit für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit oder für ähnliche Organisationen in Deutschland oder in anderen Staaten oder die gegenwärtige Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation schließen sich aus.
2. Funktionsträger des Vereins müssen nach ihrer Wahl bei der Stasiunterlagenbehörde BStU oder dem Funktionsnachfolger eine Auskunft über eine evtl. Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR beantragen.

Der Antrag ist innerhalb von vier Wochen nach der Wahl dem Vereinsvorstand unaufgefordert zur Kenntnisnahme vorzulegen. Das Auskunftschreiben der BStU ist dem Vereinsvorstand unaufgefordert vorzulegen und darf durch diesen bspw. auf der Homepage des Vereins veröffentlicht werden.

SIND HINTERGRÜNDE UND ZUSAMMENHÄNGE VERZICHTBAR?

Skeptische Rückfragen sind ebenso verpönt wie kritische Einwände. Es gilt ausschließlich der der begeisterte Jubelruf und das blankgeputzte Lächeln. Dabei hatten sich gerade auch in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt nach 1945 eine Vielzahl von Naziverbrechern vor Gericht zu verantworten. Das betraf sowohl solche, die im Territorialbereich als Täter bekannt und mit individuellen Tatbeiträgen (Jagd auf Antifaschisten, Juden, kriegsmüde Soldaten, abgeschossene Flieger, entflohene Häftlinge etc.) beteiligt gewesen sind, aber auch solche, die in der Anonymität von Gruppen an Massenmorden und anderen Kriegsverbrechen / Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den zeitweilig okkupierten Gebieten tatbeteiligt waren und erst im Zuge langjähriger Ermittlungen seitens des MfS enttarnt, überführt und vor Gericht gebracht werden konnten.

Skiba/Stenzel: Im Namen des Volkes

24. Justizverbrechen – Nr. 2024

Der Angeklagte WALTER MORITZ NUTHMANN, geb. am 22. März 1888 in Gübe/Jerichow, wohnhaft gewesen in Klein Rodensleben, wurde am 22. Mai 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Verurteilte wurde zum 18. Dezember 1963 aus der Strafhaft entlassen.

Der Verfahrensgegenstand betraf seine Tatbeteiligung an der Strafverfolgung einer Gruppe von circa 100 Bibelforschern wegen Wehrkraftzersetzung und die Beantragung von Zuchthaus- und Todesstrafen. Der Angeklagte war bis 1945 beim Kammergericht Berlin als Staatsanwalt beschäftigt. Im Jahre 1944 nahm er, nachdem er in den verschiedensten staatsanwaltschaftlichen Dezernaten gearbeitet hatte, einen Sonderauftrag wegen Wehrkraftzersetzung an, welcher sich gegen circa 100 Bibelforscher richtete. Er fasste Anklagegruppen zusammen und vertrat teilweise selbst die Anklage. In diesem umfangreichen Prozess beantragte er vier Todesurteile, von denen zwei vom Gericht bestätigt wurden. In den übrigen Verfahren wurden Freiheitsstrafen ausgesprochen.

Zu seiner Entlastung machte Nuthmann geltend, dass er als Staatsanwalt weisungsgebunden gewesen sei und dass er den Weisungen seines Generalstaatsanwaltes habe Folge leisten müssen. Das wurde strafmildernd berücksichtigt, und das Gericht ist dem Antrag der Anklagevertretung auf Todesstrafe nicht gefolgt.

Gerichtsentscheidung: LG Chemnitz am 22.5.1950

Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher, S. 105

Bei anderen gelesen...

Auf die Auswahl der Zeitzeugen kommt es an
Zu »Erzählkunst kontra Bücherwissen«, nd 29./30.07.2017

Ich bin überzeugt, dass Zeitzeugen eine wichtige Rolle spielen, und dass nicht nur im Geschichtsunterricht der Grund- und Mittelschulen bzw. in Abiturientenklassen. Es kommt nur wesentlich auch darauf an, auf welche Zeitzeugen man zurückgreift. Martin Koch hebt hervor, dass vor allem Überlebende des Holocaust sowie Beteiligte an den Umwälzungen in der DDR im Herbst 1989 gefragt sind. Fragt sich diesbezüglich aber, warum eigentlich nicht auch diejenigen Zeitzeugen gefragt sind, die alle 40 Jahre DDR erlebt haben, begonnen in den schweren Anfangsjahren über die mehr oder weniger erfolgreichen Entwicklungs- bis hin zu den Niedergangsjahren. Gerade in diesem Zusammenhang bezieht sich der Autor an anderer Stelle auf eine Studie, die die »Die Studie hat zweifellos viel Interessantes über die Rolle von Zeitzeugen im Unterricht zutage gefördert. Gleichwohl kann man ihren Machern den Vorwurf der Einseitigkeit nicht ganz ersparen. Denn die von ihnen präferierten Zeitzeugen waren allesamt einstige erfolgreiche DDR-Oppositionelle<. Ob eine solche Auswahl geeignet ist, Schülern die Komplexität der historischen Prozesse im Herbst 1989 zu vermitteln, darf bezweifelt werden«.
Dieter Lampe, Hoppegarten

Die Auswahl bringt das Ergebnis, das man haben will.

Zum Leserbrief »Auf die Auswahl der Zeitzeugen kommt es an«, 15.8., S. 18
Dick zu unterstreichen sind die Zweifel an einer Studie zu den Ereignissen in der DDR im Herbst 1989. Diese Methode nicht neu. Hier ist nicht die Wahrheitsfindung das Kriterium der Befragung, sondern die Bestätigung eines Ergebnisses, das dem Wunschdenken und der Zielstellung der Macher gerecht wird. Es gibt beispielsweise so viele Bücher, die ein realistischeres Bild von historischen Ereignissen aufzeigen. Diese werden jedoch, soweit mir bekannt, der Bevölkerung (insbesondere jüngeren Menschen) nur in absoluten Ausnahmefällen nahe gebracht. Was man ihnen zum Lesen vorgibt, sind überwiegend einseitige und im Sinne des »Zeitgeistes« geschönte bzw. niederträchtige Machwerke zum Nachteil der Menschen, die es »wagten« eine andere als die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.
Genau so schwierig ist es, einen Verlag zu finden, der Meinungen Ostdeutscher veröffentlichen will, die sich der »Siegerbewertung« nicht anschließen. Ich will nicht alles in der DDR lobpreise. Nein es gab nicht wenig an den gesellschaftlichen Zuständen zu kritisieren, aber es gab auch sehr viele positive Dinge.
Kübel von Dreck über dieses Land auszuschütten, lässt nur zwei Wertungen für diese Menschen übrig: Entweder handelt es sich um böswillige Kommunismushasser oder um totale Unkenntnis über das reale Leben in der DDR.
Reinhard Koblischke, Aschersleben

Foto: privat

Opposition ist die Seele der Demokratie. Seit es die LINKE gibt, herrscht in zwei Dritteln der Zeit die Große Koalition. Da ist die Seele gefährdet - die LINKE hat sie als konsequente Opposition gerettet. Und damit der Demokratie einen Dienst erwiesen. Allein durch ihre großen und kleinen Anfragen im Bundestag hat sie gravierende Mängel aufgedeckt und Debatten angestoßen. Aus der Opposition Heraus gestalten oder , erkennbar mitregieren geht auch künftig nur, wenn man die eigene Seele nicht dem »Anpassungsteufel« verkauft.

DANIELA DAHN Schriftstellerin und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Archiv Bild von Chemnitzer Friedensaktivisten in der Tagesschau.